zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Strasshof an der Nordbahn

Ausgabe · September 2026 | 561692/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Unterführung Gutshofstraße: Mehr Sicherheit kommt einen Schritt näher!

In unserer letzten Ausgabe haben wir über die Situation bei der Unterführung Gutshofstraße und die Sicherheitsbedenken zahlreicher Bürger berichtet. Besonders Eltern, deren Kinder diesen Weg zu Fuß nutzen, wünschen sich eine sichere Lösung.

Nun geht es voran:

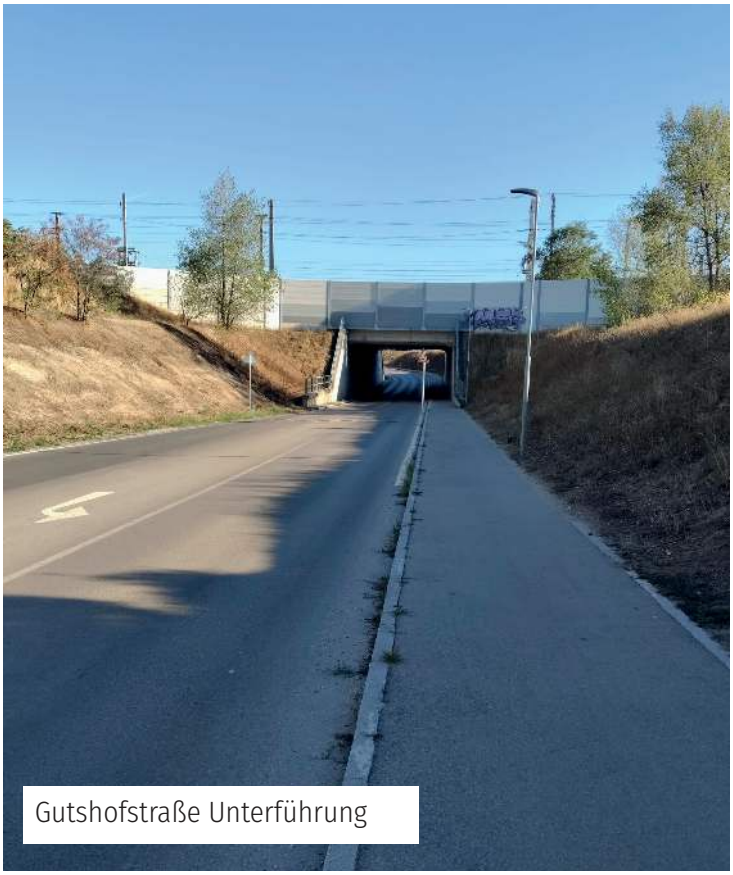
Der Gemeinderat hat die Auftragsvergabe für das Bauvorhaben in der September-Sitzung beschlossen. Vorgesehen ist eine bauliche Trennung von Fahrbahn und Gehsteig – ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit.

Bereits 2021 haben wir nach der Eröffnung des Schulcampus auf das erhöhte Verkehrsaufkommen und die Sorgen der Kinder und ihrer Eltern hingewiesen. Die damals am Gehsteigrand angebrachten Reflektoren waren aus unserer Sicht keine ausreichende Lösung. Deshalb haben wir uns weiter für eine bauliche Verbesserung eingesetzt.

Wir freuen uns, dass dieses wichtige Anliegen nun vorankommt. **Sichere Wege für unsere Kinder sind uns den Einsatz wert!** Wir werden die weitere Umsetzung begleiten und Sie über die nächsten Schritte informieren.



Dzt. wird geprüft, ob sich eine bauliche Trennung von Fahrbahn und Gehsteig mittels Betonwände umsetzen lässt.



Gutshofstraße Unterführung



Jugend am Wort:

Trinkbrunnen flächendeckend an den Spielplätzen gefordert!

Wir freuen uns, wenn sich junge Mitbürger an uns wenden, um ihre Anliegen vorzubringen. So auch eine Gruppe junger Strasshofer, die regelmäßig verschiedene Spielplätze in Strasshof besuchen.

Gerade in diesem heißen Sommer war es ohne ausreichend Getränke kaum vorstellbar, längere Zeit draußen zu verweilen. Die Trinkflaschen waren bei solchen Temperaturen schnell geleert – kein Wunder bei diesem Wetter. Nach Hause zu fahren, um die Flasche wieder aufzufüllen, war jedoch nicht immer so einfach, wenn gerade das Fußballspiel am wichtigsten ist.

Es ist heiß - und die Heimwege sind oft weit!

Ein Trinkbrunnen sollte kein Hindernis darstellen und könnte bereits für wenige Euro installiert werden. Derzeit verfügen nur zwei Spielplätze über eine Trinkwasserversorgung: der Generationenspielplatz und der Spielplatz in der Flugfeldstraße.

Die Kosten für die damalige Installation beliefen sich auf rund 1.300 Euro. Die notwendigen Arbeiten konnten von unseren geschickten Gemeindemitarbeitern prompt erledigt werden.

Auch in der Hundeauslaufzone am Bahnacker ist eine Wasserentnahmestelle installiert. Seit 2022 wurde jedoch keine weitere Trinkwasserversorgung auf einem Spielplatz errichtet. „Wir wollen künftig sicherstellen, dass auf allen öffentlichen Spielplätzen Trinkwasser für die Kinder zur Verfügung steht!“, so Stadtrat Ing. Zapadlo, der ebenfalls in diesem Ausschuss vertreten ist.

„Diesen Auftrag nehmen wir gerne in die kommende Ausschusssitzung mit“, so Stadtrat Kienberger, die sich über das wirklich nette Gespräch mit den Jugendlichen gefreut hat.

Eine Kolumne von GR Thomas Gary:

OFFEN und EHRLICH!



Werte Leserschaft!

Wir leben momentan in einer eigenartigen Zeit. Viele Menschen haben das Gefühl, dass politische Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden – Entscheidungen, die ihren Alltag schwieriger und ihre Zukunft unsicherer machen. Die derzeitige Bundesregierung vermittelt dabei nicht immer den Eindruck, die Sorgen und Bedürfnisse der Bevölkerung ausreichend ernst zu nehmen.

Es wird uns ständig gesagt, dass gespart werden müsse. Doch dabei stellt sich eine entscheidende Frage: „Warum ist Sparen plötzlich notwendig – und wer hat die derzeitige Situation eigentlich verursacht?“

Die Bürger sollen verzichten, höhere Kosten tragen und sich in vielen Bereichen einschränken. Gleichzeitig entsteht der Eindruck, dass politische Verantwortung nur selten übernommen wird. Statt klar zu benennen, welche Entscheidungen zu den heutigen Problemen geführt haben, wird häufig auf äußere Umstände oder internationale Entwicklungen verwiesen.

Es ist unbestritten, dass Krisen wie die Pandemie, steigende Energiepreise, internationale Konflikte und wirtschaftliche Veränderungen große Herausforderungen darstellen. Doch gerade in schwierigen Zeiten braucht es Transparenz, nachvollziehbare Prioritäten und den Mut, Fehler offen einzugestehen.

Sparen allein ist noch keine Politik. Entscheidend ist vielmehr, „wo“ gespart wird und „wer“ die Last trägt. Werden überflüssige Ausgaben reduziert? Oder trifft es am Ende wieder jene, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen? Familien, Pensionisten, Arbeitnehmer und kleine Betriebe dürfen nicht dauerhaft zum Auffangbecken für politische Fehlentscheidungen werden.

OFFEN und EHRLICH zu sein bedeutet nicht, einfache Lösungen zu versprechen. Es bedeutet, Probleme beim Namen zu nennen, unterschiedliche Meinungen auszuhalten und den Bürgern reinen Wein einzuschenken.

Die Menschen in unserem Land verdienen keine politischen Ausreden, sondern Klarheit. Sie verdienen Entscheidungen, die nachvollziehbar, gerecht und langfristig tragfähig sind.

Denn eines sollte in einer Demokratie selbstverständlich sein: „Die Politik ist für die Menschen da – und nicht die Menschen für die Politik. “- und das OFFEN und EHRLICH

Euer Thomas Gary



Aus erster Hand:

Das passierte in der Gemeinderatssitzung vom 23. Juni 2026

In der letzten Gemeinderatssitzung kam es zu einem Wechsel im Stadtrat. Künftig wird **StR Ing. Gerhard Zapadlo** den 3. Ausschuss (Spielplätze, Abwasserbeseitigung, Sport) als Stadtrat übernehmen und die Geschicke unserer Stadtgemeinde mitgestalten. Frau Gharbi wird uns weiterhin als Gemeinderätin erhalten bleiben.



Verlässliche Betreuung für unsere Jüngsten

Eine hochwertige und verlässliche Kinderbetreuung ist uns als FPÖ Strasshof ein besonderes Anliegen. Eltern sollen ihre Kinder gut aufgehoben wissen – gleichzeitig muss die Betreuung für Familien leistbar bleiben.

Die Anpassung der Kindergartengebühren haben wir deshalb innerhalb unserer Fraktion intensiv diskutiert und sorgfältig abgewogen. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen war dieser Schritt aus unserer Sicht notwendig, um die bewährte Qualität der Betreuung weiterhin sicherzustellen.



Wir setzen uns auch künftig dafür ein, die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Familien in den Mittelpunkt zu stellen und zusätzliche Belastungen möglichst gering zu halten.

Tagesordnungspunkt 22 liegt uns besonders am Herzen, denn seit Jahren fordern wir konsequent einen Polizeiposten für Strasshof.

Nun geht etwas weiter: Der Gemeinderat hat **einstimmig beschlossen,** dem BMI proaktiv Grundstücke, die sich im Gemeindebesitz befinden, zur Errichtung eines Polizeipostens anzubieten. Wir hoffen, damit endlich das Ziel eines eigenen Polizeipostens in Strasshof zu erreichen.



Der Tagesordnungspunkt 24 „Beendigung Altersteilzeit“ **fand keine Zustimmung** der FPÖ Strasshof. Grund dafür ist die **geplante Abschaffung der Altersteilzeit** in unserer Gemeinde für unsere Mitarbeiter.

Prinzipiell wurde diese Maßnahme 2020 etabliert, um ältere Arbeitnehmer schrittweise in die wohlverdiente Pension zu entlassen. Da nun die Förderung ausläuft, soll dies künftig nicht mehr angeboten werden. „Wir haben schon in der Arbeiterkammer diesen Antrag abgelehnt, wir werden ihn auch hier nicht annehmen“, so StR. Kienberger, die auch als Kammerrätin der Arbeiterkammer Wien tätig ist und mit der fehlenden Wertschätzung der langgedienten Mitarbeiter argumentiert.







Wenn Bürgermeister die direkte Demokratie verhindern wollen

Gastkommentar von LAbg. Dieter Dorner, Kommunalsprecher der FPÖ im NÖ Landtag und Landesobmann des Freiheitlichen und Unabhängigen Gemeindevertreterverbandes



Die NÖ Gemeindeordnung gibt den Bürgern ein starkes Instrument der direkten Demokratie in die Hand. Unterstützen mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten einen Initiativantrag, muss sich die Gemeinde mit diesem Anliegen befassen und unter den gesetzlichen Voraussetzungen eine Volksbefragung durchführen. Dieses Recht ist gesetzlich verankert.

Trotzdem zeigt sich in der Praxis immer wieder ein anderes Bild. In den vergangenen Monaten musste sich das Landesverwaltungsgericht mit mehreren Fällen beschäftigen, in denen Bürgermeister Initiativanträge zu Volksbefragungen verhindern wollten.

Auffällig ist, dass sich der Ablauf in vielen Gemeinden gleicht: Sobald ein Initiativantrag mit der erforderlichen Unterstützung eingebracht wird, werden möglichst rasch Tatsachen geschaffen.

Der Bürgermeister und seine Parteifreunde beschließen in Windeseile Umwidmungen und Vertragsabschlüsse. Gleichzeitig wird die beantragte Volksbefragung mit unhaltbaren rechtlichen Argumenten verhindert.

Monate später stellen die Gerichte dann fest, dass diese Vorgangsweise rechtswidrig war. Und dann argumentieren die Ortskaiser, eine Volksbefragung sei nicht mehr erforderlich, weil inzwischen bereits alles beschlossen wurde. Damit wird das gesetzlich verankerte Recht der Bürger auf Mitbestimmung faktisch ausgehebelt.

Bei allen Verfahren, die ich begleitet bzw. verfolgt habe, wurden die Bescheide der Bürgermeister ausnahmslos aufgehoben und für rechtswidrig erklärt.

Wer hier noch von bedauerlichen Einzelfällen spricht, verschließt die Augen vor einem offensichtlichen Problem.

Direkte Demokratie muss gelebt werden

Volksbefragungen sind kein Gnadenakt eines Bürgermeisters und auch kein politisches Wohlwollen einer Gemeinderatsmehrheit. Sie sind ein gesetzlich vorgesehenes Instrument der direkten Demokratie.

Wer dieses Instrument durch fragwürdige Rechtsauffassungen oder Verzögerungen aushebelt, schwächt das Vertrauen der Bürger in die Gemeindepolitik und in unseren Rechtsstaat.

Gerade bei weitreichenden Entscheidungen – etwa Windkraftwidmungen oder anderen Projekten, die eine Gemeinde über Generationen prägen – muss die Bevölkerung die Möglichkeit haben, ihre Meinung einzubringen.

Die FPÖ wird sich auch künftig mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Bürger ihre demokratischen Rechte tatsächlich ausüben können. Wer versucht, direkte Demokratie zu verhindern, wird auch in Zukunft mit unserem politischen und rechtlichen Widerstand rechnen müssen. Denn wir stehen auf der Seite der Bürger – nicht auf der Seite jener, die ihre Mitsprache verhindern wollen.

Euer Dieter Dorner

Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer



EINLADUNG ZUM 10 JAHRE

HERBSTFEST

IN STRASSHOF

SAMSTAG

03 OKT.

HAUS DER BEGEGNUNG

ARBEITERHEIMSTRASSE 23,
2231 STRASSHOF AN DER NORDBAHN

BEGINN: 18:00 UHR

- **LIVE-MUSIK**
- **GROSSE TOMBOLA** (HAUPTGEWINN: REISEGUTSCHEIN DER FIRMA TRAVELSTORE - REISEBÜRO IN HÖHE VON 1700 €)
- **DIVERSE SCHMANKERL**
- **REGIONALE WEINE VOM WINZER**

DEIN GARANT FÜR SONNENBRAND
TRAVELSTORE
0699 199 261 83 OFFICE@TRAVELSTORE.AT
WWW.TRAVELSTORE.AT

FPÖ

1X GRATISGETRÄNK

EINZULÖSEN AM **HERBSTFEST** DER **FPÖ STRASSHOF**,
AM **03. OKTOBER 2026**

KEINE BARABLÖSE, PRO PERSON NUR 1 GUTSCHEIN GÜLTIG